

Bürgermeister Meisenberg fragt nach dem Meinungsbild der Fraktionen.

Die CDU-Fraktion wünscht eine Konkretisierung des Antrages und bittet daher um Zurückstellung des Antrages

Die SPD- und UWG-Fraktion würden dem vorliegenden Antrag zustimmen.

Die FDP-Fraktion stimmt dem Antrag eigentlich zu, weist aber darauf hin, dass dieser Text von einem an Bund und Land gerichteten Antrag stammt und somit einfach abgeschrieben sei.

RM Maurer verliest eine ausführliche Stellungnahme, welcher der Niederschrift beigefügt wird.

RM Fuchs betrachtet den Antrag in der Sache als gut, gibt aber zu bedenken, dass bei Antragstellung darzulegen sei, was diese Erklärung finanziell für die Gemeinde Marienheide bedeuten würde.

Bürgermeister Meisenberg schließt sich der juristischen Meinung von RM Maurer an und gibt zu bedenken, dass u.a. in dem Antrag genannt sei, dass Marienheide sich finanziell an einem Seenotrettungsschiff beteiligt und ihre Partnergemeinde über die Resolution unterrichtet, welche finanziell noch schlechter als die Gemeinde Marienheide sei. Der vorliegende Antrag sei zu plakativ und er könne nur empfehlen, den Antrag in dieser vorliegenden Form zurückzuziehen. Es sei Aufgabe des Bundes, über diesen Antrag zu entscheiden.

RM Trommershausen erkundigt sich, ob es möglich sei, den Antrag heute zurückzuziehen und neu zur Beratung im ABSS einzureichen.

Bürgermeister Meisenberg führt aus, dass der Antrag sodann eine konkrete Form haben müssen, mit allen Konsequenzen für Marienheide sowie einem konkreten Vorschlag zur Kostendeckung.

RM Kramer fügt hinzu, dass seiner Meinung nach auch Angaben zur Aufnahmekapazität für Marienheide in den Antrag gehöre.

RM Rittel bittet, den vorliegenden Antrag zur Abstimmung zustellen oder die Antragsteller einen neuen Antrag für den kommenden Rat einzureichen.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nimmt ihren heutigen Antrag nicht zurück, so dass Bürgermeister Meisenberg um Abstimmung bittet.